

Vergleich zur — Landarbeiterschaft stellte. Die der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft durch Schiedspruch irgendwo gegebenen $1\frac{1}{2}$ Pf. Lohnerhöhung waren — obwohl auch diese noch viel zu viel seien — sein Ideal. Er verlange vom Schlichter, daß er die Lage des Gewerbes prüfe und seinen zu fällenden Spruch auch begründe. Im übrigen vertrat Dr. Hecht die mehr als naive Ansicht, daß alle

Löhne, die vom Reichsarbeitsministerium festgesetzt werden, einen politischen Hintergrund

hätten. In erster Linie reflektiere das R.A.M. auf dadurch erhöhte Steuereinnahmen! Darum seien die vom Reich — also auch die durch Schiedsprüche — festgesetzten Löhne abzulehnen.

Den Proteststurm unserer Vertreter gegenüber den Provokationen Dr. Hechts bog der Schlichter Wiffell ab mit der feinsinnigen und vornehmen Bemerkung, daß unsere Vertreter diese ruhig ertragen sollten, solange er selbst das könne. Seine Unparteilichkeit wies er dem Sprecher der Unternehmer nach, indem er auf drei in den letzten Tagen unter seiner Leitung zustande gekommene einstimmig gefasste Schiedsprüche hinwies. Wir aber dürfen wohl die Erwartung aussprechen, daß unsere Unternehmer es sich noch sehr überlegen, ob sie jemals wieder den Verhandlungskörper einer derart starken Befestigungsprobe aussetzen können und wollen, wie es durch die Bestimmung des Herrn Dr. Hecht zu ihrem Sprecher im vorliegenden Falle geschehen ist. Gerade Dr. Hecht ist der beste Beweis dafür, daß niedrige Löhne kein Mittel zur Verhinderung der Zusammenbrüche von Betrieben sind. Wer lange Zeit unter Tarifbruch untertarifliche Löhne zahlt und trotzdem der Geschäftsaufsicht nicht entgehen konnte, sollte aufhören, den volkswirtschaftlichen Ansinn von der Notwendigkeit niedriger Löhne zur Hebung der Betriebe zu vertreten.

Die weiteren Auseinandersetzungen bewegten sich glücklicherweise in etwas anderen Bahnen, wenn auch manche Äußerung der Unternehmer aufs schärfste zurückgewiesen werden mußte, so als einer der anwesenden Doktoren anscheinend mit besonderer Vorliebe mehrfach auf den Terror hinwies, unter dem vor Jahren ein höherer als der Tariflohn an einigen Plätzen und Betrieben zustande gekommen sein sollte, oder als ein anderer — auch einer der Herren Doktoren — sich den Scherz leistete, den ersten anerkannt schandbar niedrigen Goldlohn vom Jahre 1924 mit dem heutigen Lohn zu vergleichen, um dadurch den Nachweis zu führen, welche Steigerung auch der Lohn der Kartonnagenarbeiterschaft erfahren habe.

Trotz mehrstündigen Verhandlungen konnte eine Verständigung nicht erreicht werden, da die Unternehmer auf ihrem völlig ablehnenden Standpunkt beharrten. So mußte die Schlichterkammer in Tätigkeit treten, die nach langer Verhandlung den nachstehenden Schiedspruch fällte:

Schiedspruch.

Der Spitzenlohn erhöht sich in zwei Staffeln erstmalig ab 30. März 1928 um 4 Rpf. und ab 28. September 1928 um weitere 3 Rpf.

Das Lohnabkommen kann mit Monatsfrist jeweils zur letzten vollen Lohnwoche im Monat, erstmalig, und zwar unbeschadet des Ablaufs des Manteltarifvertrages, zum 26. März 1929 gekündigt werden.

In Ziffer 77 des Manteltarifvertrages wird der dort vorgesehene Lohnzuschlag von 7 Proz. auf 10 Proz. festgesetzt.

gez. Wiffell.

Erklärungsfrist bis 14. April 1928, mittags 12 Uhr.

Eine besondere Differenz mit dem Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten bestand noch immer wegen der Entlohnung derjenigen Arbeiterinnen, die in den sogenannten Maschinenkartonnagenfabriken an Maschinenanlagen arbeiten. In diesem Fabrikationszweig der Kartonnagenindustrie, der sich in erster Linie mit der Herstellung von Masfentartons beschäftigt, hat sich in den letzten Jahren eine geradezu katastrophale Veränderung vollzogen. Die früher benützten Einzelmaschinen sind durchweg in automatische umgewandelt. Eine ganze Anzahl von Einzelmaschinen hat man zusammengestellt und sogenannte Maschinenanlagen geschaffen, an denen nun das Arbeitsprodukt von Anfang bis zu Ende in geradezu fabelhafter Geschwindigkeit hergestellt wird. Diese Art der Fabrikation bringt es mit sich, daß die einzelnen Arbeiterinnen, eingesperrt in das ganze Gefüge, selbst zur Maschine gestempelt werden. Es werden in bezug auf Nervenverbrauch infolge der notwendigen Intensität, mit der jede Arbeiterin ihre Maschine bedienen bzw. beaufsichtigen muß, an diese Anforderungen gestellt, die auch eine entsprechende Bezahlung rechtfertigen. — Verhandlungen über Verhandlungen sind durch unsere Vertreter dieserhalb mit den Unternehmern geführt worden. Die Mehrzahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen konnte bisher rein tarifrechtlich mit den Löhnen, die für Hilfsarbeiterinnen vorgesehen sind, entlohnt werden. — Das war ohne Zweifel eine große Ungerechtigkeit, die übrigens auch im Unternehmerlager empfunden wurde, was daraus hervorgeht, daß in einer Reihe großer Fabriken diese Arbeiterinnen als Facharbeiterinnen entlohnt werden. Unsere Vertreter waren der Meinung, daß diese Arbeiterinnen einen noch höheren Lohn als den der Facharbeiterinnen beziehen müßten. Auf Unternehmerseite wollte man aber davon absolut nichts wissen. Um nun aber wenigstens einmal die Entlohnung nach den Hilfsarbeiterinnenlöhnen beseitigt zu sehen, hat man sich letzten Endes auf unserer Seite damit einverstanden erklärt, daß als Facharbeiterinnen gelten sollen

die Maschinenführerinnen

an automatischen Bierdeckel-Verbindern,
an automatischen Etikettiermaschinen,
an Halswunder oder gleichartigen automatischen Maschinen,
an Ringler,
an der automatischen Heberziehmaschine (Simplon u. dgl.),
an der automatischen Schachelaufschneidemaschine,
sowie Auflegerinnen und Einlegerinnen an automatischen Heberziehmaschinen (analog Stokes and Smiths)
und Arbeiterinnen am Halsdurchdruckapparat.

Verhandlungen für die Etuis-Industrie ergebnislos!

Die am 3. April mit dem Reichsverband der Etuis- und Feinkartonnagen-Industrie geführten Verhandlungen zur Wiedereinführung eines Reichslohntarifs für diese Industrie sind nach siebenstündiger Dauer ergebnislos beendet.

Am den Sonntagsbraten der armen Leute. Der deutsche Ernährungsminister Schiele stiehlt der Arbeiterhausfrau das Fleisch aus dem Einkaufsorb.

Weite Verbraucherfronten, besonders die Arbeiterhausfrauen, verfolgt man mit Sorge den Kampf um die zukünftige Regelung der zollfreien Gefrierfleisch-einfuhr.

Die Bestrebungen der Bürgerblockregierung und des Landbundes gingen darauf hinaus, die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch nach Deutschland völlig aufzuheben. Für die Begründung des Abbaus der zollfreien Gefrierfleisch-einfuhr mußten die Mißstände im Gefrierfleischhandel herhalten, die durch den Enqueteauschuss aufgedeckt worden sind. Das zollfreie Gefrierfleisch ist, soweit es nicht durch die Konsumgenossenschaft zum Vertrieb kam, nicht, wie im Gesetz verlangt wurde, zum Selbstkostenpreis bzw. mit einem mäßigen Aufschlag an die Verbraucher abgegeben worden. Anstatt daß die Regierung nun dafür gesorgt hätte, daß diese Mißstände in Zukunft nicht mehr möglich sind, befürwortete sie zusammen mit den Großagrariern die Unterbindung der zollfreien Gefrierfleisch-einfuhr, sie hatte keinerlei Bedenken, als sie dem Reichstag die Abbauvorschläge unterbreitete. Zum anderen wurde die Sperre der zollfreien Gefrierfleisch-einfuhr auch damit begründet, daß diese der deutschen Viehwirtschaft starke Konkurrenz mache, auf die Preise des Viehs drücke und so die deutsche Landwirtschaft schwer schädige.

Diese Behauptung ist weiter nichts als eine billige Agitationsmaxime für den kommenden Wahlkampf. Die Bürgerblockparteien wollen damit ihre Anhänger fördern. Geht man den Dingen auf den Grund, dann ergibt sich folgendes:

Fällt die zollfreie Gefrierfleisch-einfuhr in Höhe von 120 000 Tonnen weg, dann tritt an ihre Stelle keineswegs der Verbrauch der gleichen Menge deutschen Fleisches. Da das zollfreie Gefrierfleisch um 40 Proz., d. h. um 50 bis 60 Pf. billiger ist als das deutsche Frischfleisch, so kann für dasselbe Geld nur 70 000 Tonnen frisches Rindfleisch gekauft werden. Diese Tonnenzahl ist aber viel zu hoch gegriffen, da viele Hausfrauen an Stelle des teuren Fleisches andere Lebensmittel kaufen werden. Also fällt die Einfuhr von Gefrierfleisch völlig weg, dann wird sich der deutsche Frischfleischverbrauch höchstens um 50 000 bis 60 000 Tonnen erhöhen, was etwa 1 bis $1\frac{1}{2}$ Proz. des bisherigen Verbrauchs ausmacht. Und gerade ausgerechnet an diesem 1 Proz. soll die deutsche Landwirtschaft genesen? Das Interessante an der ganzen Frage aber ist, daß die deutsche Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, selbst nur diesen geringen Mehrverbrauch an die Verbraucher zu liefern, da der deutsche Viehstand in der Abnahme begriffen ist. So mußten im vergangenen Jahre etwa 130 000 Tonnen Rindvieh und 22 000 Tonnen frisches Rindfleisch eingeführt werden. Nur durch diese Einfuhr konnte die deutsche Ernährung sichergestellt werden.

Im Reichstag saßen nun Herr Schiele und die Bürgerblockparteien durch, daß die zollfreie Gefrierfleisch-einfuhr von 120 000 auf 50 000 Tonnen herabgesetzt wurde. Die völlige Drofflung ist ihnen also nicht gelungen. Es werden jetzt 70 000 Tonnen weniger zollfreies Gefrierfleisch nach Deutschland kommen.

Trotz der Gesamteinfuhr von 270 000 Tonnen Vieh und Fleisch sind die deutschen Viehpreise dauernd im Steigen, sie haben im vergangenen Jahre um rund 10 Proz. angezogen. Mit der Herabsetzung der zollfreien Gefrierfleisch-einfuhr auf 50 000 Tonnen werden natürlich die deutschen Inlandpreise für Vieh und Fleisch noch weiter ansteigen. Die Verbraucherfront wird damit aufs neue schwer belastet.

Die Herabsetzung der zollfreien Gefrierfleischmenge gereicht der deutschen Landwirtschaft keineswegs zum Vorteil, sondern bewirkt nur, daß sich eine verstärkte Einfuhr von verzolltem Rindfleisch notwendig macht. Die deutsche Verbraucherfront wird dadurch schätzungsweise mit 60 Millionen Mark belastet. Die praktische Auswirkung der Politik des Herrn Ernährungsministers ist, daß die minderbemittelte Bevölkerung in ihrem Fleischkonsum stark beschnitten wird. Diese neue Maßnahme des Bürgerblocks ist eine skandalöse Schikane gegen die Arbeiterbevölkerung. Die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit billigem Fleisch ist nun noch mehr gefährdet wie bisher.

Anstatt daß die Regierung bestrebt wäre, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zu heben, tut sie

alles, um sie zu verschlechtern. Der Bürgerlohn hat wieder einmal, wie schon so oft, das Volksinteresse mit Füßen getreten. Diese Klassenpolitik müssen nun Tausende mit Unterernährung bezahlen.

Nun, die Quittung für eine solche Ernährungspolitik werden Schiele u. Co. bei den Wahlen erhalten. Auch die deutsche Arbeiterhausfrau wird wissen, was sie zu tun hat. Will sie verhindern, daß ihr noch alles aus dem Einkaufstorb gestohlen wird, dann darf sie keiner bürgerlichen Partei ihre Stimme geben.

E. P.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder

und verwandten Geschäftszweige im Jahre 1927.

Beitrageinnahme in Abteilung B	364 825,50	Mt.
Beitrageinnahme in Abteilung A	224 125,20	"
Extrasteuer (§ 24 Abs. 18)	24 096,35	"
Kapitalerträgnis	16 023,62	"
Eintrittsgelder	1 003,—	"
Sonstige Einnahmen	830,14	"

Bestand von 1926	630 903,81	Mt.
Gesamtsumme	862 231,12	Mt.

Leistungen in Abteilung B	333 418,25	Mt.
Leistungen in Abteilung A	173 608,62	"
Personliche Verwaltung	50 914,09	"
Sächliche Verwaltung	12 647,04	"
An den Invalidenfonds	24 096,35	"
Kapitalertragsteuer	202,29	"

Summa	594 886,64	Mt.
Vortrag auf 1928	267 344,48	"
Gesamtsumme	862 231,12	Mt.

Abteilung Sterbekasse:

Beitrageinnahme usw.	51 559,—	Mt.
Kapitalerträgnis	10 984,31	"
Summa	62 543,31	Mt.

Bestand von 1926	126 229,29	"
Gesamtsumme	188 772,60	Mt.

Leistungen	18 390,—	Mt.
Bewaltungskosten usw.	5 047,43	"
Summa	23 437,43	Mt.

Vortrag auf 1928	165 335,17	"
Gesamtsumme	188 772,60	Mt.

Fonds nach § 24 Abs. 18:

Extrasteuereinnahme	24 096,35	Mt.
Kapitalerträgnis	727,22	"
Ependen	7,50	"
Summa	24 831,07	Mt.

Bestand von 1926	7 349,63	"
Gesamtsumme	32 180,70	Mt.

An 28 ausgesteuerte Mitglieder	1 355,—	Mt.
Revisionsreisen usw.	807,—	"
Druckfachen	96,25	"
Summa	2 258,25	Mt.

Vortrag auf 1928	29 922,45	"
Gesamtsumme	32 180,70	Mt.

In der Krankenkasse erforderten die Ausgaben für Versicherungsleistungen an Mitglieder der Abteilung B 91,39 Proz. der Beitrageinnahme, an Mitglieder der Abteilung A dagegen 77,46 Proz. Die reine Beitrageinnahme verteilte sich mit 62 Proz. auf die Abteilung B und mit 38 Proz. auf die Abteilung A. Wenn wir dieses Verhältnis auch für die weiteren Einnahmen gelten lassen und die Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben in dem gleichen Maße auf die Beitragsausgaben verteilen, dann ergibt sich folgendes Bild: Einnahme in Abteilung B 390 836,42 Mt., in Abteilung A 240 067,39 Mt.; Ausgabe in Abteilung B 387 891,30 Mt., in Abteilung A 206 995,34 Mt. Die Abteilung B hat demnach einen Ueberschuß von nur 2945,12 Mt. erzielt, während für die Abteilung A ein solcher von 33 072,05 Mt. in Frage gekommen ist. Die Abteilung B hätte nach der Beitrageinnahme für den Referendatsfonds den Betrag von 18 241,27 Mt. aufzubringen gehabt. Da demselben nur die Summe von 2945,12 Mt. gegenübersteht, ist eine Mindereinnahme in Höhe von 15 296,15 Mt. zu verzeichnen, für die im laufenden Jahre der Ausgleich herbeigeführt werden muß.

In den letzten 10 Vorkriegsjahren entfielen auf je 100 Mitglieder 33,2 Krankheitsfälle mit je 24,5 Krankheitslagen, während im Jahre 1927 auf je 100 Mitglieder 49,3 Fälle mit je 34 Tagen in Frage gekommen sind. Das bedeutet eine Steigerung der Fälle um rund 50 Proz. und eine weitere Steigerung der Tage um rund 40 Proz.

Der höchste Krankenstand wurde in den Vorkriegsjahren meist in den Monaten Juni bis August erreicht, während das heute in den Monaten Januar bis März der Fall zu sein pflegt, und das in einem Ausmaße, wie es früher nie zu verzeichnen war. Das scheint dafür zu sprechen, daß das Arbeitssystem, das sich in unseren Berufen herausgebildet hat, die Kräfte vieler Mitglieder in den Monaten des besseren Geschäftsganges (Oktober bis Dezember) vollständig erschöpft, so daß kurz vor oder nach dem Feste der Zusammenbruch erfolgt, für den die Kasse die Kosten zu tragen hat.

Von der erleichterten Beitragsleistung nach § 8 Abs. 18 der Satzung hatten am Schlusse des Jahres 1927 250 ausgesteuerte oder invalide gewordene Mitglieder Gebrauch gemacht. Diese sichern sich damit das Sterbegeld ihrer Beitragsklasse in der Gesamthöhe von 37 735 Mt. gegen eine Gesamtbeitragsleistung von 685,80 Mt. pro Jahr. Ohne die erwähnte Bestimmung würden die in Frage kommenden Mitglieder für die dauernde Sicherung des ihnen zustehenden Sterbegeldes pro Jahr 8915,40 Mt. aufzubringen haben. Das bedeutet für die invaliden Kollegen eine Ersparnis von insgesamt 8229,60 Mt. und die absolute Sicherung des Sterbegeldes von zusammen 37 735 Mt., das ohne die humane Bestimmung in den meisten Fällen verloren gehen würde, da die invaliden Kollegen nicht in der Lage sind, die wöchentlichen Beiträge, die im anderen Falle erforderlich sein würden, aufbringen zu können. Nebenbei haben die ausgesteuerten Mitglieder auch noch eine besondere Unterstützung aus dem Fonds erhalten, die ab 1928 durch eine laufende monatliche Invalidenunterstützung abgelöst worden ist.

Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Berichtsjahres 11 831, am Schlusse dagegen 12 281, die sich in der Abteilung B mit rund 75 Proz. auf die drei höheren Klassen verteilen.

Die im Jahre 1920 gegründete Sterbekasse hatte aus der Inflation 142,57 Mt. retten können. Ihr Vermögensbestand stieg 1924 auf 40 195,41 Mt., 1925 auf 84 554,04 Mt., 1926 auf 126 229,20 Mt. und 1927 auf 165 335,17 Mt. Die Leistungsausgaben betrugen in diesen Jahren 2612,50 Mt., 7064,50 Mt., 14 032,50 Mt. und 18 390 Mt., zusammen 42 099,50 Mt. Da die in Frage kommenden Sterbegelder von Jahr zu Jahr eine weitere Erhöhung erfahren, ist auch mit einer entsprechenden von Jahr zu Jahr steigenden Leistungsausgabe zu rechnen. Diese betrug 1924 nur 5,7 Proz. der Gesamteinnahme, stieg aber 1925 auf 12,7 Proz., 1926 auf 23,2 Proz. und 1927 auf 29,4 Proz.

Am Schlusse des Geschäftsjahres waren Vermögensbestände vorhanden:

Krankenkasse	267 344,48	Mt.
Invalidenfonds	29 922,45	"
Sterbekasse	165 335,17	"
Summa	462 602,10	Mt.

gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von zusammen 97 695,87 Mt.

Nähere Angaben sind dem demnächst erscheinenden Jahresbericht der Kasse zu entnehmen. G. B.

Internationales.

Eine Fachschule für das graphische Gewerbe Rußlands.

Der polygraphische Trust in Moskau umfaßt 25 graphische Anstalten mit zusammen 7000 Arbeitern. Im Jahre 1927 wurde ein größerer Rationalisierungsplan durchgeführt, zu dem auch die Errichtung einer Fachschule gehörte. Die Schule ist berechnet für 268 Lehrlinge, von denen 100 weiblichen Geschlechts sind. Die Lehrlinge verteilen sich auf folgende Fächer: Handsetzer 97, Maschinensetzer 19, Buchdrucker 75, Buchbinder 77. Im Parterre des Schulgebäudes ist die Druckerei, in der ersten Etage die Buchbinderei untergebracht. Diese ist mit 30 verschiedenen Maschinen und Apparaten und neuestem

Material auf allen Gebieten ausgestattet. Vorbedingung für die Aufnahme in die Schule ist eine allgemeine Volksschulbildung von mindestens fünf Jahren. Die Schüler werden im Alter von 15 bis 16½ Jahren aufgenommen, nachdem sie rechtzeitig vorher angemeldet, im psychotechnischen Institut einer Aufnahmeprüfung unterzogen und ärztlich untersucht worden sind. Der Schulbesuch erstreckt sich auf drei Jahre; Während dieser Zeit erhalten die Lehrlinge volle Verpflegung und einen monatlichen Lohn, der von 21 Rubel im ersten Halbjahr bis zu 52,50 Rubel im 6. Halbjahr steigt. Knaben und Mädchen erhalten den gleichen Lohn. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, von denen sechs Stunden in der Werkstatt verbracht werden. Die Unterweisung in den Lehrfächern erfolgt unter Kontrolle eines Ausschusses vom Graphischen Verband. Der wöchentliche Stundenplan der Schule sieht u. a. auch einen Unterricht in der Muttersprache von 4 Stunden; in Buchführung von 2 Stunden, in Mathematik und Physik von je drei Stunden und in Materiallehre von 2 Stunden pro Woche vor. Am Schlusse eines jeden Halbjahres werden Prüfungen vorgenommen. Besonders tüchtige Lehrlinge werden 2 bis 3 Monate vor Semesterschlusse in eine höhere Klasse versetzt und erhalten Lohnzulagen. Sämtliche Lehrlinge werden von guten Lehrkräften ausgebildet, es sind deren im ganzen 24 vorhanden, von denen mehrere aus dem Auslande stammen. Die Lehrer erhalten 150 bis 200 Rubel im Monat. Ein Schulrat besteht aus den Lehrern des Instituts, aus Vertretern des Betriebsrates, aus Vertretern von Zellen der kommunistischen Jugend und Vertretern der Lehrlinge selbst. Außer dem eigentlichen Schulunterricht nehmen die jungen Leute regen Anteil am sportlichen Leben; ferner besteht ein Musikverein, ein Sängerkhor, ein Diskutierklub und schließlich erscheint für die Schule eine eigene Zeitung. Der praktische und theoretische Unterricht dauert an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends in zwei Schichten, am Sonnabend wird nachmittags um 3 Uhr Schluß gemacht.

Berichte.

Eberfeld-Barmen. Am 19. März fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Groenhoff berichtete über „Die tarifliche Lage“. Der Arbeitgeberverband, der dem „Apt“ angeschlossen war, hatte für den 12. März zu Verhandlungen eingeladen. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich jedoch heraus, daß die Unternehmer im Wuppertal allen Ernstes vorhatten, mit unserer Lohnkommission einen besonderen Tarif abzuschließen, und zwar auf Grundlage des Eberfelder Abkommens. Unsere Beauftragten haben hierzu erklärt, daß sie sich entschieden weigern, einen besonderen Tarif für das Wuppertal abzuschließen. Für uns ist nur der Reichstarif maßgebend. Es wurden dann die Verhandlungen von den Unternehmern aufgehoben mit der Bemerkung, daß man nun beim Schlichtungsausschuß klagen werde. Dann machte Groenhoff noch Ausführungen zur reichstariflichen Angelegenheit. Eine Entschließung hierzu befaßt, daß die Kollegenchaft von Barmen-Eberfeld unbedingt am Reichstarif festhält.

Kollege Grünert hielt dann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Der Kampf um die Seele des Arbeiters“. Ein Filmvortrag, der vorgelesen war, mußte leider ausfallen, da die Herren „Operateure“ nicht erschienen waren. Zum Schluß wurde auf die Betriebsrätewahl, Wirtschaftsschule usw. hingewiesen.

Frankfurt am Main/Offenbach. In der am 27. März stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung erstattete Kollege Weg Bericht über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. In der anschließenden Aussprache wurde heftige Kritik an dem Verhalten der Unternehmer geübt, die den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft so wenig Verständnis entgegengebracht und damit ihre unsoziale Einstellung aufs neue bewiesen haben. Scharfste Kritik erfuhr das Zwangsschiedsgerichtsverfahren, das sich mehr und mehr zum Schaden für die Arbeiter auswirkte. In einer einstimmig angenommenen Resolution protestierte die Versammlung gegen die ungenügende Lohnhöhe, sowie gegen die lange Geltungsdauer der ergangenen Schiedsprüch. Die Versammlung bedauerte, daß ihr durch das Zwangsverfahren der Schlichtungsausschuß im Augenblick die Möglichkeit genommen wird, die notwendigen Verbesserungen des Tarifes im Wege eines Kampfes zu erringen.

Freiburg i. Br. Am 10. März fand hier eine Versammlung statt, in der auch Bezirksleiter, Kollege Dürr-Vahr, anwesend war. Kollege Reuter, bis-

beriger zweiter Vorsitzender, gab zuerst einige geschäftliche Mitteilungen bekannt. Leider legte in der Generalversammlung der erste Vorsitzende, Kollege Wachmann, aus familiären Gründen sein Amt nieder. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes konnten der erste und zweite Vorsitzendenposten nicht besetzt werden, und so mußte in dieser Versammlung nochmals zur Wahl geschritten werden. Der Vorstand setzt sich nun aus folgenden Kollegen zusammen: Erster Vorsitzender: Reuter, zweiter Vorsitzender: Burthard, Kassierer: Schilling, Schriftführer: Kaiser, Beisitzer: Mohr, Wenner und Schaffner. Kollege Dürr sprach dann über Tariffragen. Er führte unter anderem aus, wie schwierig es heute in jeder Branche sei, Tarife zugunsten der Arbeiter abzuschließen. Weiter streifte er unsere bevorstehenden Lohnverhandlungen, die unsere Unterhändler vor eine große Aufgabe stellen. Dürr erwähnte deshalb die anwesende Kollegenschaft, fest zusammenzuhalten, damit unsere Vertreter an uns die notwendige Stütze finden. Der nachfolgenden Diskussion war zu entnehmen, daß die meisten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Dann wurden noch die bevorstehenden Betriebsratswahlen besprochen und auf deren Wichtigkeit aufmerksam gemacht. Kollege Reuter dankte dem Kollegen Dürr für seine ausführlichen Worte sowie den Anwesenden für ihr Ausharren und schloß dann die anregend verlaufene Versammlung.

Hanau am Main. Unsere Jahresgeneralversammlung fand am 7. März statt. Wenn wir zurückblicken auf frühere Versammlungen, dann können wir von dieser sagen, daß sie gut besucht war. Es waren etwa 60 Proz. unserer Mitglieder anwesend. Alle Mitglieder müssen erkennen, daß das Gewerkschaftsleben nur durch regelmäßig guten Besuch der Veranstaltungen gehoben werden kann. Vorsitzender Kollege Ehrhardt gab den Geschäftsbericht. Er wandte sich zuerst an die Mitgliedschaft mit dem Bemerke, daß sie im vergangenen Jahre sehr wenig Interesse gezeigt hätte. Er streifte dann den Kartonnagenbetrieb Deines in Hanau. Trotz der vielen Versammlungen und Sitzungen, die für diese Kollegen stattgefunden haben, ist es uns nicht gelungen, diese dem Verbandsbezug zuzuführen. Es fanden noch verschiedene Veranstaltungen statt, die aber alle einen schlechten Besuch zu verzeichnen hatten. Kollege Ehrhardt kam dann auf die Lohnbewegungen zu sprechen und betonte, daß diese das Interesse nicht erfahren haben, das ihnen gebührt. Hauptsächlich bei den Eisarbeiten wirkte sich das aus, und zwar bei den Verhandlungen mit den Unternehmern und vor dem Schlichtungsausschuß. Wäre hier ein größeres Interesse gezeigt worden, dann hätten wir bestimmt mehr erreicht. Was die Betriebsrätebewegung angeht, so liegt auch hier vieles im Argen. Wir haben alles versucht, doch am mangelnden Willen der Kollegen mußte alles scheitern. Kein Kollege gibt sich zum Betriebsrat her. Die Folge davon war, daß alle Uebelstände die Kollegen selbst zu tragen haben. Die Mitgliederbewegung zeigte ein gutes Resultat. Die Mitgliederzahl stieg von 263 auf 327. Die ausgenommene Statistik weist nach, daß in den einzelnen Betrieben in Hanau insgesamt 513 Personen beschäftigt werden, davon sind 327 organisiert. Wir sehen daraus, daß noch viel Werbearbeit zu leisten ist, um alles dem Verbandsbezug zuzuführen. Ehrhardt schloß den Geschäftsbericht mit der Aufforderung, im kommenden Jahr mehr denn je zu arbeiten. Die Versammlung von heute zeigt uns, daß es schon besser geworden ist, hoffen wir weiterhin das Beste. — Den Kassenbericht gab Kollege Höhn. Er forderte alle Unterkassierer auf, pünktlicher bei der Einlegung der Mitgliedsbücher zur Kontrolle zu sein. Kollege Meß stellte fest, daß die Ortsverwaltung sehr gut gearbeitet habe, was durch Geschäfts- und Kassenbericht seine Bestätigung finde. Bei der Wahl zur Ortsverwaltung erwähnte Kollege Ehrhardt, daß am Abend vorher eine Sitzung stattgefunden hat. In dieser Sitzung sprach man sich für den Vorschlag des Kollegen Ehrhardt aus, von jedem Betrieb einen Kollegen mit in die Ortsverwaltung zu nehmen. Auch die Mitgliederversammlung stimmte diesem Vorschlag zu. Als Vorsitzender wurde Ehrhardt, als Kassierer Höhn einstimmig wiedergewählt.

Kollege Meß sprach dann über „Die bevorstehende Lohnbewegung“. Er betonte, daß die Kollegen und Kolleginnen dabei aktiv sein müssen. Es hat sich gezeigt, daß bei den Lohnverhandlungen im Vorjahre die Unternehmer die Gleichgültigkeit unserer Kollegen für sich ausgenutzt haben. Um einer Wiederholung vorzubeugen, müssen jetzt schon Vorbereitungen geleistet werden. Kollege Ehrhardt erwähnte noch, daß in keinem Betrieb die Betriebsrätewahl vergessen werden darf.

Leipzig. Am 15. März fand unsere Jahresgeneralversammlung statt, die infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung besser besucht sein konnte. Häffner gedachte der verstorbenen Mitglieder, die in üblicher Weise von der Versammlung geehrt wurden. Es

wurde dann beschlossen, die Wahl der Ortsverwaltung in der Versammlung vorzunehmen. Häffner gab einen Rückblick auf das verflozene Jahr. Er wies darauf hin, daß das Jahr 1927 im Zeichen des wirtschaftlichen Aufstieges gestanden und seine Auswirkung auch auf unsere Berufe nicht verfehlt habe. Außer im Januar und Februar ist eine ziemlich gleichmäßige Beschäftigung zu verzeichnen gewesen. Er geißelt mit scharfen Worten die Hebergriffe einzelner Betriebe gegen die Arbeitszeitordnung. In einigen Fällen hat die Staatsanwaltschaft eingegriffen und Strafen ausgeworfen. Es müsse unbedingt erwartet werden, daß die Organisationsleitung von allen derartigen Geheßüberretzungen unterrichtet wird. Ferner kann konstatiert werden, daß die Bemühung der Organisationsleitung insofern teilsweise Erfolg gehabt hat, daß die Verleger ihre Aufträge an die Buchbinderei früher ausgegeben haben, als dies in den zurückliegenden Jahren der Fall war. Es muß aber noch mehr als bisher darauf gedrängt werden, daß die Arbeitszeiteinheiten in der Buchbinderei eine gleichmäßigere, und die Arbeitsanhäufung in den Monaten vor Weihnachten vermieden wird. Der Verleger ist kapitalträchtig genug, um seine Aufträge auf das ganze Jahr verteilen zu können. Die Beschlüsse der Funktionäre, Arbeitszeit betreffend, müssen reiflich durchgeführt werden. — Der wirtschaftliche Aufstieg hat auch auf das Organisationsleben gewirkt. Die Mitgliederzahl ist auf 7247 gestiegen. Ein nicht geringer Teil Unorganisierten bevölkert heute stark den Arbeitsnachweis. Diese sind, sobald sie in den Betrieben untergebracht werden, für die Organisation zu gewinnen. Einige Entlassungen konnten durch Solidaritätserklärung der gesamten Belegschaft verhindert werden, ein Beispiel, wie man sehr gut der Willkür der Unternehmer ein halt entgegengehen kann. Ebenso hat die Maschinenbelegungsfrage für die Organisation durch die Stellungnahme der gesamten Mitgliedschaft ohne Kampf seine Regelung gefunden. Alle Verträge sind gekündigt und Vorbereitungen getroffen, um unsere Forderungen in Spartenverhandlungen zu beraten und aufzustellen. — Die Jugendbewegung ist ein Schmerzenskind der Organisation. Von 1600 Jugendlichen ist ein ganz geringer Bruchteil unserer Freien Gewerkschaftsjugend angeschlossen. Auch die ausgenommene Statistik läßt erkennen, daß die Teilnahme unserer Jugend an anderen proletarischen Bewegungen sehr minimal ist. Es ist Aufgabe aller, die Jugend für unsere Bewegung zu gewinnen und zu erziehen. — Das geschlossene Ableiern der Verbandsbücher zur Kontrolle sollte sehr zu wünschen übrig, ebenso sei der vor zwei Jahren gefasste Beschluß, Kontrollkommissionen in den Betrieben zu wählen, zum Teil noch nicht durchgeführt worden. Allem Anschein nach handelt es sich hierbei um solche Betriebe, in denen Betriebsräte und Funktionäre ihre Pflicht nicht erfüllen. Die Betriebsrätewahl in allen Betrieben durchzuführen ist eine zwingende Notwendigkeit, um überhaupt Rechtsansprüche aus dem Betriebsrätegesetz geltend machen zu können. Das Arbeitsgerichtsgesetz verlangt eine schärfere Beachtung gesetzlicher Formalitäten. Sehr interessant waren die Darstellungen über Berufskrankheiten, die Häffner an Hand von statistischen Unterlagen gab. Neben Lungentuberkulose und Lungenentzündung macht sich ein starkes Auftreten von Herzleiden bemerkbar, das die Ursache zu den meisten Todesfällen ist. Diese Erscheinung ist zweifellos auf das übertriebene Tempo der Akkordarbeit zurückzuführen, die mehr als 25 Proz. über die Friedensleistung erreicht hat.

Häffner erläuterte sodann den Kassenbericht, an Stelle des erkrankten Kassierers Walter. 20 000 Mk. sind für den Erweiterungsbau des Volkshauses abgeführt worden. Häffner gab einen kurzen Tätigkeits- und Situationsbericht über die Kartonnagen-, Luxuspapier- und Eisindustrie. Er hob hervor, daß das Organisationsverhältnis in der Kartonnagenbranche schlecht sei, trotzdem der Beschäftigungsgrad ein guter war. Es ist auffallend, daß wir in unserem Berufe verhältnismäßig sehr wenig Arbeitsgerichtsklagen haben. Häffner führt das auf unsere beruflichen Tarifschiedsgerichtsinstanzen zurück, durch die ein größerer Teil der Klagen ihre Erledigung finden. Trotzdem stehe fest, daß die Arbeiterschaft von ihrem Rechte wenig Gebrauch macht.

Abler berichtete vom Ortsausschuß. Bildungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft hat das Kartell in reichlichem Maße geschaffen. In diesem Jahre soll wieder ein Gewerkschaftsfest stattfinden.

In der Diskussion verwarnte sich Adler gegen die Ausführungen Häffners. Der hohe Prozenttag der nicht organisierten Kartonnagenarbeiterschaft rekrutiere sich aus den jungen Arbeiterinnen, denen der Beitrag zu hoch sei gegenüber ihrem Verdienst und ihrem Verdienstausschlag für den Schulbesuch. Dem tritt Häffner entschieden entgegen, der betont, daß die Worte für Nichtorganisierte nicht scharf genug gefunden werden können. Was in den anderen Branchen, wo der Verdienst auch kein höherer sei,

betreffs jugendlicher Arbeiterinnen erreicht worden ist, kann für die Kartonnagenindustrie nicht unmöglich sein. — Böhme führt aus, daß mit dem Geschäftsbericht eine Bilanz für das ganze Jahr gezogen werden muß, auch darüber, wie weit es der Organisation gelungen ist, die Lage der Arbeiterschaft zu heben. Und da stehe fest, daß sehr viel auf sozialem sowie auf wirtschaftlichem Gebiet mit auf das neue Jahr übernommen werden muß. Dazu gehöre aber auch, daß die Arbeiterschaft sich weiter schult, sich in die Materie der neuen Gezehe vertieft und damit ihre Waffen scharf gegenüber den Unternehmern. Er fordert auf, den Kampffonds zu stärken und wünscht von den Kartellbelegierten weitestgehende Unterstützung in allen Fragen des Arbeiterfamiliensbundes. Ein Antrag, die Meißner gemeinsam stattfinden zu lassen, wird abgelehnt und an die politischen Parteien verwiesen. Ein weiterer Antrag, die Auszahlung der Stimmzettel zur heute stattfindenden Wahl der Ortsverwaltung noch heute vorzunehmen, wurde abgelehnt. Häffner teilt mit, daß die drei Branchenvertreter Adler, Bolte und Kunze wiedergewählt sind. Er weist zum Schluß nochmals auf die Bedeutung der Betriebsratswahlen hin.

Oldenburg. Ein vielversprechender Erfolg war unsere am 29. März unter außerordentlich starker Beteiligung stattgefundene Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Lübke unseres erkrankten Vorsitzenden, Kollegen Doelle. Ein großer Erfolg war uns durch die fast restlose Organisierung der uns noch fernstehenden Kolleginnen beschieden. Es soll versucht werden, für eine im April stattfindende Agitationsversammlung den Gauleiter, Kollegen Küster-Hamburg, zu einem Vortrag zu gewinnen. Großes Interesse und eine längere Aussprache rief der Bericht von den Lohnverhandlungen und der Schiedsrichterschaft für die „Apt“-Betriebe hervor. Sämtliche Redner waren sich darin einig, daß der Schiedsrichterschaft keineswegs den gerechten Forderungen der Kollegenschaft entspricht, wenn auch im Vergleiche mit anderen Industrien der Spruch noch als günstig bezeichnet und dem Tarifausschuß die Anerkennung nicht verweigert werden kann. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Kollege Lübke die Versammlung mit der Bitte, die kommenden Veranstaltungen wieder so zahlreich zu besuchen.

Dankagung.

Aus Anlaß meines Dienstjubiläums sind mir von so zahlreicher Seite Aufmerksamkeiten, Gaben und Glückwünsche entgegengebracht worden, nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Ecken Deutschlands, daß es mir ein Bedürfnis ist, allen hierfür meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Franz Bytomski.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge der Zahlstelle Karlsruhe sind neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen von der 14. Woche ab in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
	1.	2.	3.	4.	5.
	5	10	15	25	25

Adressenänderung.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
Glogau. B.: M. Birghan, Am Kriegereckmal, 2, bei Schiller. K.: G. Rabelt, Preußische Str. 7, III.
Schwerin i. Medlg. B.: G. Büdentin, Wittenburger Straße 97. K.: A. Schmidt, Obotrienering 52, III.
Seiffenhersdorf i. Sa. B. P. Stübner, Seiffenhersdorf, Seifen 707. K.: A. Lorenz, Nr. 644 C.
Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

1. Zum Stand unserer Lohnbewegungen: Abschluß mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer. Schiedspruch für die Kartonnagen-Industrie. — Verhandlungen für die Eis-Industrie ergebnislos! Am den Sonntagsbraten der armen Leute: Der deutsche Ernährungsminister Schiele stiehlt der Arbeiterfrau das Fleisch aus dem Einkaufsorb. Die Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder. Internationales: Eine Fachschule für das graphische Gewerbe in Russland. Berichts: Barmen-Eberfeld. — Frankfurt-Offenbach. — Freiburg. — Hanau. — Leipzig. — Oldenburg. Dankagung. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Lokalbeiträge. — Adressenänderungen.